

Zukunftsforum Politik

Broschürenreihe
herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 14

Kofi Annan und Maria Böhmer

Peking plus 5 - Frauen 2000: Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden für das 21. Jahrhundert

Sankt Augustin, September 2000

Redaktionelle Betreuung: Christine Henry-Huthmacher

Download-Publikation

Der Text dieser Datei ist identisch mit der Druckversion der Veröffentlichung. Die Titelseite der Printausgabe beträgt 4 Seiten und wurde in der digitalen Version auf zwei Seiten zusammengefasst.

Inhalt

1. Eine Mammutkonferenz – schwierig, aber längst nicht hoffnungslos <i>Rosemarie Heckmann</i>	5
2. Peking plus 5 – ein Auftrag für die deutsche Frauenpolitik <i>Christine Henry-Huthmacher</i>	10
3. „Die Zukunft des Planeten hängt von den Frauen ab“ – Eröffnungsrede des Generalsekretärs der Vereinten Nationen <i>Kofi Annan</i>	14
4. Stellungnahmen zur Sondergeneralversammlung	
4.1 Aus Sicht der Bundesregierung <i>Marion Thielenhaus</i>	19
4.2 Aus Sicht des Deutschen Frauenrates <i>Ursula Sottong</i>	23
4.3 Aus Sicht der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages <i>Maria Böhmer</i>	28
<i>Annette Widmann-Mauz</i>	37
Politische Bewertung der UN-Sonderkonferenz Peking + 5 und Folgerungen für die internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung <i>Monika Baumhauer</i>	42
Die Autor/innen	48

Download-Publikation

Der Text dieser Datei ist identisch mit der Druckversion der Veröffentlichung. Die Titelseite der Printausgabe beträgt 4 Seiten und wurde in der digitalen Version auf zwei Seiten zusammengefasst.

Rosemarie Heckmann

1. Eine Mammutkonferenz – schwierig, aber längst nicht hoffnungslos!

Der amerikanische Korrespondent der "Washington Post" hat recht: Glück, viel Glück muss man haben, "to cover such a conference" - über eine solche Mammutkonferenz mit dem Namen "Frauen 2000 - Gleichstellung, Entwicklung, Frieden für das 21. Jahrhundert" umfassend berichten zu können. Ich sage: So viel Glück kann man gar nicht haben. Dafür sind die Maßstäbe zu weitgesteckt, die Flure des 39-stöckigen UNO-Hochhauses zu lang, dafür ist die Zahl der Teilnehmerinnen zu groß, sind die gleichzeitig ablaufenden Delegiertenversammlungen, Arbeitskreise, Diskussionen und Pressekonferenzen zu zahlreich. Doch den Versuch, sie zu beschreiben, sind sie allemal wert.

Denn Kofi Annan, seines Zeichens Generalsekretär der Weltorganisation United Nations, hat die Delegierten aus 188 Mitgliedsstaaten zu einer Sondergeneralversammlung zur Halbzeit ins "Mutterhaus" nach New York gerufen: "Beijing + 5", fast fünf Jahre nach der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking, die mit ihren 17.000 Regierungsdelegierten und beinahe doppelt so vielen Vertreterinnen der NGO's mit ihrem Abschlussdokument "Platform for Action" die Welt der Frauen verändern sollte.

Hat sie sie verändert? Das wollten die etwa 10 000 Frauen wissen, die sich jetzt wiedertrafen, um ihre Erfahrungen in der Praxis und die erreichten Ziele auszutauschen und notwendig gewordene Veränderungen an der Aktionsplattform vorzunehmen. Doch eines war von vornherein klar - der Generalsekretär sprach es in seiner Eröffnungsrede aus: "Erst einmal muss die Welt begreifen, dass die Zukunft dieses Planeten von den Frauen abhängt." Die Hälfte des Himmels... Deshalb forderte er die Regierungen auf, "die Entscheidungspunkte von 1995 mit neuer Entschiedenheit auf ihre jeweilige Tagesordnung zu setzen".

Einprägend das bunte Bild der Afrikanerinnen, deren überwiegende Präsenz auffiel: Die Advokatin Kadidia Sangaré und die Präsidentin der Organisation zur Rechtswahrung von Frau und Kind, zugleich Vizepräsidentin der "Fédération des Juristes Africaines", Fatoumata Diarra, kommen beide aus Mali; die Präsidentin des Verbandes äthiopischer Rechtsanwältinnen, Meaza Ashenafi, aus Addis Abeba. Weniger häufig vertreten: Die Frauen aus den islamisch

geprägten Ländern. Aber von der Dramatik ihrer Situation her weder zu vergessen noch zu übersehen: Zwei von ihnen hatten den Mut, sich in ihrer, von brachialer Gewalt gezeichneten Unvollkommenheit zu zeigen: Der einen hatte der Ehemann Säure ins Gesicht geschüttet, der anderen die Nase abgeschnitten! Wegen der Verweigerung absoluten Gehorsams... Noch weniger anzutreffen: Skandinavier- und Amerikanerinnen. Unüberhörbar jedoch deren wortkräftige Anführerin Hillary Rodham Clinton, die offenbar sehr vielen Frauen aus dem Herzen sprach, denn ihre Rede wurde 18mal von Beifall unterbrochen! Die Gleichberechtigung zu vollenden, forderte sie die Delegierten auf, denn das Ziel sei noch lange nicht erreicht. Doch: "Die Frauen in Kuwait kämpfen um ihr Wahlrecht; in Zentralasien bereiten sie den Aufbau einer Basisdemokratie vor; in Mittel- und Osteuropa wollen sie eine größere Rolle als bisher in ihrer Demokratie spielen, in den USA versuchen sie, gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit durchzusetzen und ihre Kinder vor unerlaubtem Waffenbesitz und -gebrauch zu schützen." Aber, so lange auf der anderen Seite Frauen wegen "Verletzung der Familienehre" ermordet würden, Mädchen verstümmelt und als menschliche Schutzschilde missbraucht und 113 Millionen Kinder vom Schulgang ausgeschlossen seien, gäbe es noch unendlich viel zu tun.

Ich erkannte eine Gesprächspartnerin von 1995 wieder: Manjula Giri aus Kathmandu. Die Direktorin des Entwicklungszentrums für Landfrauen war mit 41 weiteren Nepalesinnen nach New York gekommen. Und jetzt sprudelte es bei der Frage nach ihren "Erfolgen" förmlich aus ihr heraus: "Wir haben Druck auf unsere Regierung ausgeübt, indem hauptsächlich Frauenorganisationen in Zahlen dokumentierten, wie viele Mädchen bei uns in Prostitution verstrickt sind." Politiker und die Polizei hätten daraufhin erkannt, welch brennendes Problem darin steckt. Die Medien starteten eine Aufklärungskampagne - und gemeinsam schafften sie es, mit Hilfe der ersten Frauenministerin des Landes, "die Sache in den Griff zu kriegen". Die EVP-Europaabgeordnete und Vorsitzende des Landfrauenverbandes Rheinland-Nassau, Christa Kläß, trat als Mitglied der offiziellen Delegation der Europäischen Union in New York dafür ein, dass die zwölf "sensiblen Bereiche für Frauen", wie Armut, Bildung, Gesundheit, Medien, Umwelt und die Situation junger Frauen, wie in der Peking-Resolution aufgeführt, neu manifestiert werden. Die bereits für Europa "selbstverständlichen Werte" müssten international erst erstritten werden. Die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Annette Widmann-Mauz/CDU, glaubt mit Erika Reinhardt/CDU und Maria Eichhorn/CSU gar, dass manche Länder die Ergebnisse von Peking wieder in Frage stellten. Für Bundesfrauenministerin Christine Bergmann ist die Tatsa-

che, dass die genitale Verstümmelung von Mädchen als Menschenrechtsverletzung in das Abschlussdokument aufgenommen wurde, von essentieller Bedeutung.

Auf Theorien setzen wollen die Frauen aus den asiatischen Ländern aber nicht mehr. Am Rande einer Open-Air-Veranstaltung vor den Toren der UN demonstrierte das Indonesische Frauenforum vor Kameras mit großen Spruchbändern: "Democracy is not enough - wir brauchen Gleichberechtigung". Die Japanerinnen Tokiko Kato und Miho Omi vom Asian Women's Conference Network bringen stolz und gleichzeitig typisch japanisch bescheiden einige Errungenschaften wie Elternurlaub und Erziehungsgeld nach der Konferenz in China ein. "Heiliger Zorn" spricht dagegen aus der Präsidentin des Kashmir Women Forums, auch Vorstandsmitglied der Internationalen muslimischen Frauenunion, die mit ihren verschleierten Freundinnen die unterschiedlichen Kulturkreise repräsentiert, die auf jeder der vier Weltfrauenkonferenzen seit 1975 bei unterschiedlichsten Lebensbedingungen gleiche Ziele für "Frauen 2000" anstreben: Gewaltfreiheit, Menschenrechte, Ende der kriegerischen Konflikte. 1947, als Britisch-Indien in das mehrheitlich hinduistische Indien und das muslimische Pakistan aufgeteilt wurde, begann die Tragödie. Das im Nordwesthimalaya gelegene, bis dahin selbständige Fürstentum Kashmir geriet zwischen die Fronten. "70 000 Menschen wurden getötet, 7000 Frauen vergewaltigt, 10 000 Menschen werden vermisst", klagt die ebenfalls Vertriebene, eine von zwei Millionen Frauen, die in Kashmir leben möchten, aber als displaced persons keine Erlaubnis dazu haben. "Ich bin hier, um um Unterstützung zu werben. Ich fordere Sie auf, kommen Sie und sehen Sie selbst, was in Indisch-Kashmir vor sich geht."

Zornig finde ich auch die Vorsitzende des Bundestagsfrauenausschusses vor, Christa Hanewinkel/SPD; auf dem Empfang in der Residenz des Deutschen Botschafters bei der UNO in New York. Erschrocken sei sie, dass es auf der Versammlung eine Reihe von Ländern gab, die die Rechte von Frauen aufs neue beschneiden wollten. Zum Beispiel sei Polen nicht bereit, sich bei der Gesundheitsvorsorge für Frauen dem europäischen Niveau anzupassen, weil es offenbar eine größere Selbständigkeit der Frauen befürchte - zum Beispiel die Freiheit, selbst über ihre Schwangerschaft zu entscheiden. Wie schon 1995, so habe man heute auf einer Sitzung der Interparlamentarischen Union festgestellt, würden Polen, der Vatikan und die Regierungsdelegierten aus den fundamentalistisch-arabischen Ländern eine "Phalanx" in dieser Frage bilden. Nicht zufrieden mit dem Verlauf war auch Lina Radtke aus Erlangen, selbst an spinaler Muskelatrophie erkrankt und im Rollstuhl nach New York gekommen.

Sie vertritt die Interessenvertretung "Selbstbestimmt leben in Deutschland" und "Disabled People International". Seltener noch als in der Pekinger Aktionsplattform seien die behinderten Frauen in der jetzt geänderten Version erwähnt, beklagt sie. Aber, "behinderte Frauen gehören auch in den reichsten Ländern zu den Ärmsten, sind am meisten ausgegrenzt und diffamiert". Sie haben spezielle Themen im Bereich Arbeitsplätze, Bioethikbelange und Euthanasieprobleme. Oftmals würde den behinderten Frauen Nutzlosigkeit einge-redet.

Doch es gab auch viele Lichtblicke. Einer davon ist das Versprechen von Weltbankpräsident James D. Wolfensohn: 60 % seines jährlichen Etats von 1,5 Milliarden US-Dollar wollte er ab 1995 als Ausbildungsbeihilfe in die Schulerziehung junger Mädchen investieren. Laut Rechenschaftsbericht 2000 hat die Weltbank seither 3,4 Milliarden für diese Bildungsprojekte tatsächlich ausgegeben, die Anzahl der Projekte in der Landwirtschaft und im Wasserversorgungsbereich, in Sanitäreanlagen, im Energie- und Transportbereich, in der Entwicklung von Kommunen und im Kampf gegen die Gewalt mit besonderer Berücksichtigung von Frauenbelangen verdoppelt. Weitere Anstrengungen würden in Zusammenarbeit mit Regierungen, Institutionen und Stiftungen im Kampf gegen die Armut in der Welt unternommen. Last not least vermeldet Wolfensohn stolz, sei der Frauenanteil im Management seiner Bank von 12 auf 19 Prozent gestiegen. Immerhin!

Es kann bestimmt nicht schaden, nach fünf Tagen anstrengenden Diskutierens und Verhandeln unter (meist) Frauen, nach stundenlangem Anstehen für Akkreditierung, nach Warten auf Taxis - und manchmal auch auf eine Tasse Kaffee - einen Mann zur Frauenkonferenz zu Wort kommen zu lassen. Einen Mann, der von Berufs wegen ganz nah am täglichen UNO-Geschehen sitzt: Ambassador Dr. Hanns H. Schumacher, der stellvertretende Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen: Um nur eine Bilanz von "Beijing 1995" zu ziehen - dafür sei der Aufwand einer Sondergeneralversammlung zu groß, bestätigt er mir. Ziel sei es vielmehr, Schwierigkeiten bei der Realisierung des Pekingprojektes festzustellen und über die Verpflichtungen der damaligen Konferenz hinaus neue Ziele zu definieren. "Immer wird es auch frustrierende Momente bei dieser Größenordnung einer Konferenz geben - und doch existiert kein anderes Forum in der Welt, auf dem so übergreifende Themen behandeln werden könnten. In anderen Worten: Wenn es die Vereinten Nationen nicht gäbe - man müsste sie erfinden."

Darauf können sich, wenn sie auch unterschiedlicher Meinung sind, alle, die nach New York gekommen sind, einigen.

Christine Henry-Huthmacher

2. Peking plus 5 – ein Auftrag für die deutsche Frauenpolitik

1. Deutschland im internationalen Vergleich

Vom 5. bis 9. Juni 2000 fand in New York die Sondergeneralversammlung „Frauen 2000 – Gleichstellung, Entwicklung und Frieden für das 21. Jahrhundert“ statt. Ziel der Versammlung, zu der 180 Mitgliedstaaten mehr als 10.000 Delegierte entsandt hatten, war es, fünf Jahre nach Peking eine Bilanz zu ziehen und das weitere Vorgehen zu beraten.

Wie ist nun die Bilanz fünf Jahre nach Peking zu bewerten? Geht es Frauen heute besser als vor fünf Jahren? Die Antwort darauf lässt sich nach UN-Erkenntnissen mit einem eindeutigen ja und nein beantworten. Zwar wird in dem Abschlussdokument das weltweit gewachsene öffentliche Bewusstsein für die Situation und die Diskriminierung von Frauen hervorgehoben, doch werden auch gleichzeitig Hindernisse bei der Umsetzung der Pekinger Beschlüsse benannt. Dazu zählen die fortbestehende Einkommensungleichheit, Frauenarbeitslosigkeit, Unvereinbarkeit von Familie und Beruf, ungenügende vorbeugende Maßnahmen aller Arten von Gewalt, die Unterrepräsentanz von Frauen in Entscheidungspositionen und die fortdauernde Verletzung der Frauenrechte.

Während noch vor fünf Jahren die unterzeichnete Aktionsplattform als Erfolg und frauenpolitische Leitplanke in die Zukunft betrachtet wurde, ist fünf Jahre später die ernüchternde Erkenntnis zu registrieren, dass von Peking trotz des umfassendsten Katalogs von Handlungsanweisungen an die Regierungen keine frauenpolitische „Revolution“ ausging, aktiv für Gleichstellung zu sorgen. Nur acht Länder der Welt erfüllen die zwei wichtigsten Kriterien für die Gleichstellung von Frauen und Männern. Alle anderen Staaten haben es bisher nicht geschafft, Mädchen entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil in weiterführende Schulen zu schicken, noch haben sie ein Drittel der nationalen Parlamente mit Frauen besetzt. Nach einer Erhebung des UN-Frauenprogramms haben lediglich Dänemark, Deutschland, Finnland, Island, Niederlande, Norwegen, Schweden und Südafrika diese beiden Ziele im vergangenen Jahrzehnt erreicht. Angeführt wird die europäische Statistik von Schweden. Deutschland liegt im Mittelfeld, während die Schweiz das europäische Schlusslicht im Bereich der weiterführenden Schulen bildet. Aber nicht nur im Bildungsbereich klaffen die Unterschiede weit auseinander. Auch die

Beteiligung der Frauen in nationalen Parlamenten weisen große Differenzen aus. Während Deutschland mit 33,6 % im oberen Drittel der westlichen Industrienationen liegt, geführt von Schweden, belegen Malta, Frankreich, Japan und Griechenland mit jeweils weniger als 10 % die letzten Plätze. Die Vereinigten Staaten, die mit 12,5 % innerhalb der Industrienationen nicht besonders gut abschneiden, belegen dagegen einen einsamen Spitzenplatz bei den Führungspositionen in Wirtschaft und Verwaltung mit 47 %. In Großbritannien sind es gerade 33 %, in Deutschland weniger als 30 % und in Japan nur 11 %.

2. Die Situation der Frauen in Deutschland

Wie sieht nun die Realität für Frauen in Deutschland aus?

Frauen geht es in Deutschland besser denn je, aber immer noch nicht so gut wie Männern. Sie haben in den vergangenen Jahren auf nahezu allen Gebieten aufgeholt, von der Ausbildung bis hin zu ihrem Anteil an Beschäftigten in Wissenschaft und öffentlichen Ämtern.

Nach dem vierten Bericht der Bundesrepublik an die Vereinten Nationen zur Lage der Frau, der im Februar 2000 in New York vorgelegt wurde, genießen Frauen in Deutschland generell die gleichen Rechte wie Männer. Allerdings werden die gesetzlichen Vorgaben bis heute nicht so durchgesetzt, dass Frauen in allen Facetten ihres Lebens gleichberechtigt wären. Im Vorteil – so der Bericht – sind sie in der Lebenserwartung, die in den vergangenen Jahren weiter angestiegen ist und deutlich über dem der Männer liegt. Sie beträgt für weibliche Neugeborene 80, für männliche etwas mehr als 73 Jahre. Vorteilhaft hat sich in den letzten Jahren auch das Bildungsverhalten von Mädchen entwickelt. So stellen Mädchen und junge Frauen heute die Mehrzahl all jener Schüler, die einen Bildungsweg zum Abitur einschlagen. Auch bei den Studienanfängern haben sie ihre männlichen Kollegen zahlenmäßig überrundet. Allerdings ändert sich das Geschlechterverhältnis, sobald es um wissenschaftlichen Abschluss und um wissenschaftlichen Aufstieg geht. Zwar hat sich der Anteil der Frauen, die sich 1999 habilitierten seit 1992 verdoppelt, doch beträgt ihr Anteil bei C 4 Professoren lediglich 5,1 %. Auch im Arbeitsleben zählen sie zwar zu den Beschäftigungsgewinnerinnen der letzten Jahre, da das Dienstleistungsgewerbe überproportional expandierte, doch sind Frauen insgesamt eher von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen.

Große Unterschiede bestehen dagegen bei Einkommen und Karrierechancen. So verdiente 1997 eine Arbeiterin nur 72,4 % dessen, was ihr männlicher Kollege auf dem Lohnzettel hatte. Die Verdienstunterschiede hängen auch damit zusammen, dass Frauen sich eher für traditionelle Berufe ent-

scheiden, die oft mit geringerem Verdienst und Aufstiegschancen verbunden sind. Frauen in Entscheidungspositionen sind in Deutschland noch immer in marginaler Minderheit. In den leitenden Positionen der Wirtschaft pendelt sich der Anteil weiblicher Führungskräfte je nach Führungsfunktion zwischen sechs und neun Prozent ein. Der Preis dieser Karriere ist zudem hoch. Die Mehrzahl weiblicher Führungskräfte ist unverheiratet oder lebt in kinderloser Ehe. Dagegen haben 55 % der männlichen Kollegen Kinder. Im öffentlichen Leben sind Frauen weiterhin unterrepräsentiert. Zwar stieg aufgrund der Quotierung ihr Anteil im Deutschen Bundestag auf 33 %, doch sind sie noch lange nicht in demselben Maße in repräsentativen Gremien repräsentiert wie Männer. Und privat? Zwar träumen alle jungen Menschen von Familie und Beruf, doch beschleunigt sich der Geburtenrückgang stärker als in anderen europäischen Ländern. Derzeit liegt die Geburtenrate bei 1,3 %. Nicht nur die Zahl der Geburten nimmt weiter ab, sondern auch die Zahl der Eheschließungen, während die Scheidungshäufigkeit zunimmt. Ein bisher nicht befriedigend gelöstes Problem bleibt weiterhin die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deutschland hat ein Betreuungssystem, das nicht auf Erwerbstätigkeit von Vätern und Müttern abgestellt ist, so dass sogar Teilzeitarbeit mit traditionellen Kindergartenöffnungszeiten kaum möglich ist.

3. Politischer Handlungsbedarf

Was bedeutet die (wirtschaftliche) und gesellschaftliche Entwicklung der letzten Jahre für die Frauenpolitik?

- In einer zunehmenden Informations-/Wissensgesellschaft werden sich Arbeitsinhalte/Orte/Zeiten maßgeblich ändern. Die zunehmende Flexibilität und Mobilität darf nicht nur einseitig von der Arbeitswelt gefordert werden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bleibt ein weiterhin starkes Anliegen von Müttern, Vätern und Kindern. In die Diskussion um die Auflösung bisheriger Stammebelegschaften zugunsten von Heim-Telearbeit, Zeit- und Leiharbeit, geringfügig Beschäftigten und Scheinselbständigen dürfen Frauen nicht zur Manövriermasse des Arbeitsmarktes werden.
- Wenn zukünftig mehr junge Frauen erwerbstätig sein werden, stellt sich auch weiterhin die Frage nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Rund 60 % aller Mütter mit Kindern unter 18 Jahren sind heute berufstätig. Damit Familie auch gelebt werden kann, muss ihre finanzielle Situation erleichtert und Betreuungsangebote finanziell unterstützt werden.
- Ein politisches Augenmerk wird auf die Zukunftsberufe gerichtet. Allerdings zeigt eine neuere Studie des IAB, dass die Arbeitslosigkeit der Frauen in diesen männerdominierenden Sparten viel größer ist als die der

Männer. In beiden Fachbereichen – Ingenieurwissenschaften und Informatik – sind doppelt so viele Absolventinnen wie Absolventen arbeitslos.

- Frauen in Entscheidungs-/Führungspositionen haben, wie Untersuchungen belegen, auch heute noch mit Vorurteilen zu kämpfen. Die Antwort auf die geringe Repräsentanz in Führungspositionen müssen frauenfördernde Maßnahmen sein.
- Gender-mainstreaming, das Ergebnis von Peking muss stärker als bisher in den Strukturen der Arbeitswelt verankert werden. Das gender-budgeting kann der nächste Schritt sein, die Frauenförderung ernst zu nehmen. Politischer Handlungsbedarf ist angesagt. Mehr Frauen denn je zuvor sehen in punkto Gleichberechtigung noch erheblichen Handlungsbedarf. Ein gutes Drittel der weiblichen Bevölkerung sieht sich selbst als emanzipiert und selbstbewusst an, so eine Allensbach-Studie, die 2000 Männer und Frauen zum Thema Fraueninteressen und Erwartungen an die Politik befragte. Doch sehen die Frauen ihre Interessen dort nicht ausreichend vertreten. Damit Peking + 5 nicht folgenlos bleibt, ist die Politik gefordert, die Chancengleichheit in einer sich schnell wandelnden Arbeitswelt zu einem ihrer Schwerpunkte zu machen.

Kofi Annan

3. „Die Zukunft des Planeten hängt von den Frauen ab“ – Eröffnungsrede des Generalsekretärs der Vereinten Nationen

Vor fünf Jahren kamen Abgeordnete und Nichtregierungsorganisationen in Peking zusammen, um Unrecht aus der Welt zu schaffen und Rechte zu fördern. Man wollte der Welt zeigen, daß wir alle die Leidtragenden sind, wenn Frauen Unrecht widerfährt, und daß es uns allen besser geht, wenn die Frauen mündig sind. Die Konferenz war ein voller Erfolg; das Ergebnis war die Aktionsplattform von Peking. Jetzt, fünf Jahre später, sind Sie nach New York gekommen, um die bereits gemachten Fortschritte zu begutachten und weitere Fortschritte in die Wege zu leiten.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß es Fortschritte gegeben hat.

Heute ist Gewalt gegen Frauen fast überall auf der Welt gesetzlich verboten.

Weltweit wurde gegen grausame traditionelle Praktiken wie zum Beispiel "Morde zur Ehrenrettung", die ich persönlich gerne "Schandmorde" nenne, mobil gemacht.

In vielen Ländern konnte Tausenden Frauen durch neue Methoden der Gesundheitsfürsorge das Leben gerettet werden. Mehr als je zuvor machen Paare von den Mitteln der Familienplanung Gebrauch.

Mehr Frauen als je zuvor finden sich in einer Führungsposition und als Entscheidungsträger in Kabinetten, Vorständen und auch bei den Vereinten Nationen wieder.

Am wichtigsten jedoch ist die Einsicht, die in immer mehr Ländern um sich greift: daß die Gleichstellung der Frau eine Voraussetzung für die Entwicklung der eigenen und auch anderer Nationen ist.

Allerdings bleibt immer noch viel zu tun. Im folgenden möchte ich einige Beispiele anführen.

In wirtschaftlicher Hinsicht weitet sich die Kluft zwischen den Geschlechtern immer noch. Frauen haben ein geringeres Einkommen, sind häufiger arbeitslos und im allgemeinen ärmer als Männer. Unsichere Teilzeitjobs ohne Vertrag und geregelte Arbeitszeiten sind zum größten Teil immer noch eine Domäne der Frauen. Die Tatsache, daß Frauen nicht nur bei der Familiengründung sondern auch in der Arbeitswelt eine Rolle spielen, wird leider immer noch viel zu wenig anerkannt.

In den meisten Ländern gibt es immer noch keine gesetzlichen Regelungen, die den Frauen das Recht auf den Besitz von Land und anderem Eigentum zugestehen.

Ein Großteil der Nationen hat bereits entsprechende Gesetze erlassen, aber die Gewalt gegen Frauen nimmt trotzdem immer mehr zu, sei es im eigenen Heim oder in Form von bewaffneten Konflikten, die sich gegen die Zivilbevölkerung richten, und denen Frauen und Kinder zuerst zum Opfer fallen.

Von den 110 Millionen Kindern, die keine Schulbildung genießen, sind zwei Drittel weiblichen Geschlechts, und mehr Mädchen als Jungen brechen vorzeitig ihre Schulbildung ab.

Neben diesen alten, noch ungelösten Problemen gibt es aber auch neue Aufgaben. Dazu möchte ich zwei Beispiele nennen. Zunächst fordert Aids unter den Frauen und Mädchen eine erschreckende Anzahl von Opfern. In den am schlimmsten betroffenen Städten im südlichen Afrika sind 40 Prozent der Schwangeren HIV-positiv, und jedes zehnte Kind hat seine Mutter an Aids verloren. Die Großmütter kümmern sich um die verwaisten Kinder, aber auch junge Mädchen werden aus der Schule genommen, damit sie kranke Verwandte versorgen können. Die Gesellschaftsstruktur, an deren Zusammenhalt die Frauen so hart gearbeitet haben, wird nunmehr zerstört. Auch der Handel mit Frauen und Kindern, der noch ein schändliches Überbleibsel aus biblischen Zeiten darstellt, zur weltweiten Plage.

Diese Probleme verlangen sofortige Gegenmaßnahmen. Ich habe die Mitgliedsstaaten dazu aufgefordert, im Rahmen des Millennium-Gipfels im September genaue Vorgaben zur Verhinderung einer weiteren Ausbreitung des HIV-Virus bzw. von Aids festzulegen. Der Hohe Kommissar für Menschenrechte hat sich für eine umfassende internationale Kampagne gegen den Menschenhandel und für die Entwicklung einer stabilen rechtlichen Ordnung ausgesprochen, die auf der Grundlage der Menschenrechte basieren sollen.

All diese alten und neuen Aufgaben sind ein Teil der komplexen und vernetzten Welt, in der wir heute leben. Sie können nur dann bewältigt werden, wenn wir es den Frauen ermöglichen, auf dem Besten aufzubauen, was diese neue Welt zu bieten hat, anstatt wie bisher nur unter dem Schlimmsten leiden zu müssen. Das bedeutet vor allem, daß die Frauen soweit ausgebildet werden müssen, daß sie ihre Rolle in der globalen Wirtschaft übernehmen zu können. Die Unzulänglichkeit ihrer Bildung ist es, die den Mädchen und jungen Frauen die Informationen vorenthält, die sie benötigen, um sich vor dem HIV-Virus zu schützen. Oftmals sind es auch die schlechten Aussichten auf dem Arbeitsmarkt, die die Frauen dazu zwingen, durch frühzeitige sexuelle Kontakte eine Infektion zu riskieren.

Mangelnde wirtschaftliche Chancen rufen auch bei vielen Frauen den Wunsch hervor, ihre Heimat zu verlassen; dies macht sie genauso zur Zielscheibe des Menschenhandels wie ihre mangelnde Bildung. Dagegen sind auch Gesetze gegen den Menschenhandel machtlos. Mit anderen Worten: Bildung ermöglicht einerseits den Zugang zur globalen Wirtschaft; andererseits ist sie auch die beste Verteidigung gegen deren Tücken.

Die Globalisierung steht in engem Zusammenhang mit dem technologischen Wandel, der hochqualifizierte Arbeitskräfte über die weniger qualifizierten stellt. Dies wiederum vergrößert die Einkommensunterschiede von Männern und Frauen noch zusätzlich, und diese Kluft kann nur durch Bildung geschlossen werden.

Es sind bereits viele Frauen in globalen Produktionszweigen beschäftigt, von der Textilindustrie bis hin zur Datenverarbeitung. Allerdings arbeiten die meisten weiblichen Beschäftigten für Hungerlöhne und unter erschreckenden Bedingungen. Dies wird sich erst dann ändern, wenn auch Frauen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zu Entscheidungsträgern werden, sei es als Manager, Unternehmer, Angestellte, Gewerkschaftsführer und Fachjuristen oder aber als führende Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben, Verhandlungsführer, Richter oder Minister.

In Afrika wie auch anderswo stellen Frauen bereits heute den Großteil der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft. Trotzdem wird den meisten Frauen immer noch das Recht auf Kredite sowie auf den Besitz und die Erbschaft von Grund und Boden verwehrt. Ihre Leistungen bleiben ohne Anerkennung und

Entlohnung. Ihren Bedürfnissen wird keine Priorität eingeräumt. Ihre Rolle ist sogar in Bezug auf Entscheidungen im Haushalt eingeschränkt.

Auch hier kann Bildung die entscheidende Veränderung auslösen und es den Frauen ermöglichen, ihre Rechte auf Landbesitz, Kredit, Marktzugang, Technologie und Mitsprache bei Landreformen auszuüben.

Wenn den Frauen erst einmal eine bessere Bildung zugute gekommen ist und sie in den Arbeitsmarkt integriert sind, können sie dank der besseren Voraussetzungen selbst bestimmen, wann sie heiraten und wie viele Kinder sie bekommen möchten. Für die Frauen und auch für ihre Kinder bedeutet dies bessere Ernährung, Gesundheitsfürsorge und Bildung. Die Frauen, die mit gutem Beispiel vorangehen, werden andere dazu inspirieren, es ihnen gleich zu tun; Eltern werden einsehen, daß Mädchen mindestens genauso viel wert sind wie Jungen.

Tatsächlich haben mehrere Studien bestätigt, daß es für die Gesellschaft als Ganzes, für Frauen und Männer, keine bessere Entwicklungsstrategie gibt als die, in der die Frau eine zentrale Rolle spielt.

Ich hoffe sehr, daß wir im Verlauf dieses Jahrhunderts beweisen können, daß die beste Methode zur Verhinderung von Konflikten jeder Art die Betonung der Rolle der Frau als Friedensstifter ist. Auch in den Vereinten Nationen selbst muß ein Weg gefunden werden, mehr Frauen in friedenserhaltenden und friedensbringenden Positionen einzusetzen.

Aus diesem Grund habe ich in meinem Millennium-Bericht und auch im Weltbildungsforum die Regierungen der UN dazu aufgefordert, die Bildung der Mädchen zu ihrem Hauptziel zu erklären. Ich bin davon überzeugt, daß die Umsetzung der Vorhaben der Pekinger Aktionsplattform entscheidend für die Erreichung aller Millennium-Ziele sein wird, um deren Unterstützung ich alle Führer der Welt im Namen der gesamten Menschheit gebeten habe.

Vor fünf Jahren sind Sie mit einer einzigen Erklärung nach Peking gekommen: "Wir sind auf diesem Planeten keine Gäste, wir gehören hierher." Ich würde mir wünschen, daß wir in fünf Jahren in dem Bewußtsein zusammenkommen können, daß dies eine Untertreibung ist. Ich hoffe, daß wir der ganzen Welt mit diesem Treffen deutlich gezeigt haben, daß die Frauen nicht nur auf diesen Planeten gehören, sondern daß die Zukunft dieses Planeten von den Frauen abhängt.

Marion Thielenhaus

4. Stellungnahmen zur Sondergeneralversammlung

4.1 Aus Sicht der Bundesregierung

1. Welches sind die wichtigsten Ergebnisse aus Ihrer Sicht?

Allgemein kann gesagt werden, dass das Abschlussdokument der Sondergeneralversammlung Peking + 5 "Frauen 2000 – Gleichstellung, Entwicklung und Frieden für das 21. Jahrhundert" auf der Aktionsplattform von Peking aufbaut und nicht, wie viele befürchtet haben, in seinen Forderungen die Beschlüsse der 4. Weltfrauenkonferenz relativiert und verwässert. In einigen Bereichen, die für die Bundesrepublik Deutschland und die Länder der Europäischen Union von politischer Bedeutung sind, konnten weitergehende Beschlüsse durchgesetzt werden:

- Bis zum Jahr 2005 sollen die Mitgliedstaaten der UNO ihre Gesetze auf Diskriminierungen von Frauen hin überprüfen.
- Die Antidiskriminierungskonvention der UNO (CEDAW) und das Zusatzprotokoll zur CEDAW-Konvention sollen ratifiziert werden.
- Die Rolle der Nichtregierungsorganisationen als Partner der Regierungen wurde gestärkt.
- Die Unterstützung von Frauen mit Behinderungen und ihr Zugang zu allen Lebensbereichen wurde in einem eigenen Paragraphen festgeschrieben.

Wichtige Ergebnisse zum Schutz der Frauen vor Gewalt und zur Wahrung ihrer Menschenrechte sind:

- Die Genitalverstümmelung wird nicht nur als schädliche traditionelle Praxis bezeichnet, sondern als das, was sie ist: eine Menschenrechtsverletzung an Frauen.
- Das Thema Ehremorde, Mitgiftverbrechen und Säureattacken und Zwangsehen wurde aus der Tabuzone geholt, als Form der Gewalt gegen Frauen verurteilt und zum ersten Mal in einem UN-Dokument verankert.
- Festgeschrieben wurde die Aufforderung zu Gesetzesinitiativen gegen häusliche Gewalt, einschließlich der Vergewaltigung in der Ehe.
- Zukünftig sollen international abgestimmte Indikatoren zur Feststellung des tatsächlichen Ausmaßes von Gewalt gegen Frauen entwickelt werden.

Zu den Themen "Frauenförderung" und "Arbeitsmarkt" sind folgende Beschlüsse von Bedeutung:

- Die Forderung nach konkreten Kurz- und Langzeitzielen, inklusive Quoten für die Beteiligung von Frauen an Führungspositionen.
- Die Schulung von Frauen hinsichtlich der Vermittlung von Kenntnissen ihrer Rechte.
- Die Berücksichtigung einer Geschlechterperspektive in allen öffentlichen Haushalten.
- Der Zugang zu und in die Förderung von Frauen und Mädchen in zukunftsträchtigen Branchen.
- Die Unterstützung von Existenzgründerinnen.
- Die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen an makroökonomischen Entscheidungsprozessen.

Im Bereich Armutsbekämpfung wurde erstmals die Wechselwirkung zwischen Gleichstellungspolitik und Armutsbekämpfung anerkannt.

- Frauen und Frauenorganisationen sollen an der Erstellung von Armutsbekämpfungsstrategien beteiligt werden.

2. Welchen Stellenwert hat die Sondergeneralversammlung New York ihrer Meinung nach nach Peking?

Zu allen Weltkonferenzen der Vereinten Nationen wurden nach 5 Jahren Folgekonferenzen zur Überprüfung der erzielten Fortschritte auf dem jeweiligen Gebiet durchgeführt. Hier reiht sich die Sondergeneralversammlung "Frauen 2000" ein. Sie hatte den Auftrag und das Ziel, eine Zwischenbilanz über den Stand der Umsetzung der Aktionsplattform von Peking zu ziehen. Darüber hinaus sollten Vereinbarungen zu neuen Herausforderungen und Themen getroffen werden. Schließlich sollten Strategien entwickelt werden, um Hindernisse, die sich bei der Implementierung der Aktionsplattform ergeben haben, zu überwinden. Dies wurde mehr oder weniger auch erreicht. Indem diese Zwischenbilanz auf der höchsten Ebene, die das System der Vereinten Nationen kennt, angesiedelt wurde, sollte zugleich ein weltweites politisches Signal gesetzt werden und ein weiterer Mobilisierungsschub zu Gunsten der Gleichstellung von Frauen und Männer erfolgen. Ob dieser Anspruch erreicht wurde, mag durchaus bezweifelt werden. Das hängt im wesentlichen jedoch mit dem relativ kurzen Zeitraum von 5 Jahren zwischen der 4. Weltfrauenkonferenz von Peking und der Sondergeneralversammlung zusammen. Niemand konnte bei der umfassenden politischen

Agenda, die 1995 in Peking beschlossen wurde, erwarten, dass bereits nach 5 Jahren spektakuläre Fortschritte erzielt hätten werden können. Dennoch war es richtig und notwendig, nach 5 Jahren auf der Grundlage des Erreichten und in Wahrnehmung der bestehenden Hindernisse zu neuen Vereinbarungen zu kommen, die die Gleichstellungspolitik national wie international weiter vorantreiben. Insbesondere mit Blick auf die Staaten, bei denen die Gleichstellung von Frauen und Männern keinen hohen politischen Stellenwert hat, sind die im Konsens gefassten Beschlüsse wichtig.

3. Wie bewerten Sie die Ergebnisse der Sondergeneralversammlung?

In Anbetracht der teilweise sehr mühsamen Vorverhandlungen zum Abschlussdokument der Sondergeneralversammlung sind die Ergebnisse letztendlich wesentlich besser ausgefallen als erwartet werden konnte. So wurde der Acquis von Peking gehalten. In den Bereichen Bildung und Beruf, Armutsbekämpfung sowie Gewalt gegen Frauen und Wahrung ihrer Menschenrechte wurden nicht zuletzt aufgrund des Engagements der Europäischen Staaten und Deutschlands substantielle Fortschritte erzielt. Die Stärkung der Stellung der Nichtregierungsorganisationen und der Zivilgesellschaft gehört auch zu den Beschlüssen, die über den Tag hinausreichen.

4. Welche politischen Konsequenzen ergeben sich Ihrer Meinung nach daraus?

Die Aktionsplattform von Peking und das Abschlussdokument der Sondergeneralversammlung Peking + 5 bieten einen wichtigen Orientierungsrahmen für die Gleichstellungspolitik in Deutschland.

Die Bundesregierung hat mit ihren beiden Legislaturperiodenprogrammen "Frau und Beruf" und dem "Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen" die zentralen Forderungen der 4. Weltfrauenkonferenz und der Sondergeneralversammlung aufgegriffen und damit auch den nationalen Umsetzungsprozess intensiviert und beschleunigt.

Neben den dort festgeschriebenen Einzelmaßnahmen zur Integration von Frauen in die Arbeitswelt, zur Gleichstellung in der Wirtschaft und zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit sowie zum Schutz vor häuslicher Gewalt liegt beiden Programmen die Erkenntnis zugrunde, dass es

einer ressort- bzw. fachbereichsübergreifenden Strategie bedarf, um die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft entscheidend voranzubringen. Das "gender-mainstreaming" Prinzip ist die Errungenschaft der 4. Weltfrauenkonferenz von Peking. Es hat Eingang gefunden in den Amsterdamer Vertrag. Gender-mainstreaming auch auf nationaler Ebene zum Leitprinzip gleichstellungspolitischen Handelns zu machen, ist ein weiterer politischer Auftrag, den die Bundesregierung mitgenommen hat.

Ursula Sottong

4. Stellungnahmen zur Sondergeneralversammlung

4.2 Aus Sicht des Deutschen Frauenrates

1. Welchen Stellenwert hat die Sondergeneralversammlung nach Ihrer Meinung noch nach Peking ?

Die 4. Weltfrauenkonferenz im Jahr 1995 hat den Aktionsplan zur Durchsetzung der vollen Chancen- und Machtgleichheit für Frauen verabschiedet und als Zeitpunkt für die Zielerreichung das Jahr 2000 festgeschrieben. Konsequenterweise wurde nun im Jahr 2000 eine Folgekonferenz auf UN-Ebene einberufen, um Bilanz zu ziehen und zu prüfen, welche Ziele vereinbarungsgemäß erreicht wurden und welche noch nicht. Bereits im Vorfeld der Konferenz hatten die Vertragsstaaten anhand eines Fragebogens der UN Bericht erstattet über die erzielten Fortschritte in der Gleichstellungspolitik. Aus diesen Berichten war bereits deutlich geworden, dass die hoch gesteckten Ziele von Peking weitgehend noch nicht erreicht worden sind – daher ging es in New York auch wesentlich um die Erörterung der Hindernisse und Verbesserung der Strategien. Die Ziele selbst sollten unangetastet bleiben, allerdings sollten neue hinzukommen, die sich aus der fortgeschrittenen Entwicklung im Wirtschaftsprozess, insbesondere der Globalisierung, ergeben haben.

2. Welches sind die wichtigsten Ergebnisse aus Ihrer Sicht ?

Das Abschlußdokument, welches nach sehr zögerlichem Verhandlungsauftritt im März parallel zur eigentlichen Sondergeneralversammlung von den Regierungsdelegationen bis in die ersten Morgenstunden des letzten Konferenztages engagiert und kontrovers weiterverhandelt worden war, ist ein Dokument, das von vielen (insbesondere von vielen NGO's) als nicht so stark wie erwartet beschrieben wird, das aber in vielen Details Fortschritte erkennen lässt. Sei es nun die

- *stärkere Einbeziehung von NGO's und Zivilgesellschaft bei der Umsetzung der Aktionsplattform:*

Alle UN-Weltkonferenzen der 90er Jahre haben deutlich gemacht, daß Regierungen und Regierte (das ist die Zivilgesellschaft) in einem wech-

selseitigen Abhängigkeitsverhältnis zueinander stehen. Die Umsetzung der Regierungsbeschlüsse kann nicht allein durch Weisungen erfolgen, sie ist ohne die verantwortliche Mitwirkung regierungsunabhängiger gesellschaftlicher Kräfte nicht zu leisten. Andererseits ist es die sich permanent entwickelnde und verändernde Zivilgesellschaft, die der Regierung die „Aufträge“ zum Handeln gibt und die Anforderungen an eine zeitgemäße Gesellschaftsordnung formuliert.

- *die neuen Definitionen zu Menschenrechtsverletzungen an Frauen:*

Große Fortschritte sind im Bereich Gewalt und Menschenrechtsverletzung erreicht worden. Die traditionellen Praktiken, wie die weibliche Beschneidung, Kinder-Ehen, Zwangsehen und Tötungen wegen Verletzungen der Familienehre, sind deutlich als Menschenrechtsverletzungen deklariert worden.

- *die Beteiligung von Frauen in Friedensprozessen:*

Frauen sind in unterschiedlichen Funktionen (z.B. in Internationalen Hilfsorganisationen oder als Mitglieder in offiziellen Delegationen) stärker einzubeziehen in Aktivitäten zum Friedenserhalt, der Friedensbewahrung, der Konfliktlösung und beim Wiederaufbau.

- *die Forderung nach Anerkennung von geschlechtsspezifischen Asylgründen:*

Die Forderung nach Veränderung der Asylpolitik und Anerkennung von frauenspezifischen Verfolgungsgründen, der Schutz aller Frauen vor jeglicher Gewalt und die besondere Betonung der gesetzlichen Regulierung von häuslicher Gewalt, sind Bereiche, die seit langem zu den Forderungen des Deutschen Frauenrates gehören.

- *die durchgehende Forderung, durch geschlechtsspezifische Analysen die konkrete Arbeit bestimmen zu lassen:*

Das ist eine neue Qualität im Peking plus 5-Dokument. Kurz- und langfristige, messbare Ziele werden gefordert und Quoten um diesen Prozess der Gleichstellung und Gleichberechtigung von Mann und Frau nach vorne zu bringen. Messbare Ziele und Quoten in allen Bereich des täglichen Lebens, für alle Schichten der Bevölkerung und unter Zu-

sammenarbeit aller gesellschaftlich relevanten Gruppen, inklusive der Privatwirtschaft.

3. Wie bewerten Sie die Ergebnisse der Sondergeneralversammlung?

Nicht erst seit Peking sind sich die Regierungen einig, dass eine nachhaltige, zukunftssträchtige Entwicklung für jede Gesellschaft, für jede zukünftige Gesellschaften, ohne die gleichwertige, gleichgestellte, gleichberechtigte Beteiligung von Frauen nicht möglich ist. Diese Erkenntnis aber ist eine alte und wenig populäre Einsicht, die zwar jetzt in Peking plus 5 wieder aufgegriffen wurde, aber mehr den Charakter einer Eintagsfliege hat, denn eines nachhaltigen Themas, was Politik und Medien betrifft. Um es auf den Punkt zu bringen: Der Worte sind genug gewechselt, jetzt müssen Taten folgen!

Jüngere Jahrgänge nehmen das Thema gender-mainstreaming in der breiten Öffentlichkeit – wenn überhaupt – eher individualistisch und Problem bezogen wahr, nicht aber als ein Anliegen, als einen Impetus, der Frauen und Männer gleichgestellt und solidarisch nach vorne bewegen sollte.

Das Dokument nennt die Vermittlung von Geschlechtsstereotypen in Schulen und Kindergärten als eine der Ursache, warum das Thema auch fünf Jahre nach Peking nicht dominanter in der Gesellschaft vorhanden ist. Aber ist das wirklich so?

In § 102 legt das Dokument den Finger in die Wunde. Die Regierungen verpflichten sich in Zukunft alles zu tun, damit Kinder nicht zu einem diskriminierenden Faktor in unserer Gesellschaft werden und bleiben, also, dass die Risikokette, Heiraten, Kinderkriegen, Frauenarmut, durchbrochen wird. Das aber heißt, dass Phantasie gefragt ist. Phantasie von Seiten der Regierung, aber auch der NGO's, die beteiligt werden sollen und wollen, wenn es um die Lösung dieser zentralen Probleme einer jeden Gesellschaft weltweit geht.

Doch nicht nur Ziele werden aufgezeigt, sondern auch die Hindernisse benannt, die dazu führen, dass Frauen die doppelte Last von bezahlter und unbezahlter Arbeit, Hausarbeit und Erwerbsarbeit, zu tragen haben.

Was für die meisten NGO's und sicherlich auch für die Vertreter der europäischen Regierungen nicht befriedigend zu lösen war, das war das Kapitel der sexuellen Selbstbestimmung von Frauen, der Versorgung von Frauen in Frauengesundheitszentren und der Zugang zu Versorgungssystemen, die mit re-

produktiver Gesundheit zu tun haben. Hier zeigt sich, dass die Gräben, die bereits vor Peking bestanden haben, auch bis heute nicht zugeschüttet werden konnten, und dass unterschiedliche kulturelle und politische Interessen diesen für viele Frauen, gerade auch in den Entwicklungsländern so wichtigen Themenbereich bestimmen. Es ist eigentlich nur dem Konsens, nicht hinter Peking zurückzugehen, zu verdanken, dass in diesem Bereich zumindest die Formulierungen von Peking als das kleinste gemeinsame Vielfache unverändert und komplett übernommen wurden.

Erfreulich ist trotz allem die Forderung, dass die Mitarbeiter im Gesundheitsbereich sensibilisiert und für das Thema „gender“ ausgebildet werden sollen und dass sich die Medizin auch gerade für Frauen nach dem Notwendigen richten sollte. Dies ist ja auch ein Thema in der Bundesrepublik, wo die derzeitige Debatte eher unter der Frage der Budgets läuft und nicht der Frage: was braucht die einzelne Frau, was braucht der einzelne Mann, was brauchen Kinder für ihre Gesundheit?

4. Welche politischen Konsequenzen ergeben sich Ihrer Meinung nach daraus ?

Damit das Dokument nicht nur ein Papiertiger bleibt, wollen die Regierungen, dass alle gesetzlichen Hindernisse zur Gleichstellung bis zum Jahre 2005 abgeschafft sein müssen. Das mag für die Bundesrepublik als nicht so relevant erscheinen und für andere Länder mehr Bedeutung haben, aber gerade die Flut an Gleichstellungsgesetzen in Deutschland nach der Weltfrauenkonferenz in Peking zeigt auf, dass auch bei uns noch enormer Nachholbedarf ist, die gesetzlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass morgen niemand mehr an der Frauenfrage vorbeikommen kann.

Nicht nur in der Vorbereitung auf Peking plus 5, sondern im gesamten Nachbereitungsprozess von Peking ist deutlich geworden, dass die NGO's und die Zivilgesellschaft in Zukunft eine noch entscheidendere Rolle bei der Umsetzung von Weltkonferenzbeschlüssen werden spielen müssen als bisher. Alle Rahmenvereinbarungen auch auf UN-Niveau bewirken nichts, wenn an der Basis, wenn in der konkreten Arbeit vor Ort nicht die Ziele und Inhalte definiert und den Gender-Kriterien unterworfen werden. Selbstverständlich ist es dann Sache der Regierung und des Parlaments, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen und für die entsprechende finanzielle Unterstützung zu sorgen. Nur, und das zeigt die Erfahrung auch, die Bedürfnisse kennen vor

allem die NGO's vor Ort. Die müssen jetzt ihre Stimme erheben, um deutlich zu machen, wohin in den nächsten Jahren, in den kommenden fünf Jahren nach Peking plus 5, die Reise gehen muss.

Maria Böhmer

4. Stellungnahmen zur Sondergeneralversammlung

4.3 Aus Sicht der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages

Politische Konsequenzen und Handlungsbedarf nach Peking/New York

Einschätzung der Sondergeneralversammlung

New York, New York – Ort der UN-Sondergeneralversammlung „Frauen 2000, Gleichstellung, Entwicklung und Frieden für das 21. Jahrhundert“, an der vom 5. bis 9. Juni 2000 mehr als 10.000 Personen aus mehr als 180 Ländern teilnahmen. Regierungsdelegationen, Parlamentarier/innen und Vertreter/innen von Nichtregierungsorganisationen befassten sich mit der Umsetzung der Beschlüsse der vierten Weltfrauenkonferenz, die 1995 in Peking stattgefunden hatte, und berieten weitere Aktionen und Initiativen zur Erreichung der Ziele.

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gehörten der deutschen Delegation an:

Dr. Maria Böhmer MdB, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende,
Annette Widmann-Mauz MdB, Vorsitzende der Gruppe der Frauen,
Maria Eichhorn MdB, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauen- und Familienpolitik,
Erika Reinhardt MdB, zuständige Berichterstatterin.

Herrschte bei der Weltfrauenkonferenz in Peking noch Aufbruchstimmung vor, als es nach harten Verhandlungen gelang, mit der Aktionsplattform von Peking erstmals ein weltweites, in sich geschlossenes Konzept zur Gleichstellung von Frauen und Männern zu verabschieden, so war die Nachfolgekonferenz in New York von Ernüchterung geprägt. Es wurde schon als Erfolg gewertet, dass keine Abstriche an den Beschlüssen der Weltfrauenkonferenz von Peking erfolgten. Um dieses Ziel musste jedoch zäh gerungen werden. Dies zeigt, wie mühsam der Weg zur Förderung der Gleichberechtigung von Frauen immer noch ist. Trotz allem gelang es, Fortschritte beim Schutz von Frauen vor Gewalt zu erzielen, die Rolle von Frauen in Friedensprozessen im Sinne des gender-mainstreaming stärker zu berücksichtigen und die Auswirkungen der Informationstechnologie als neue globale Herausforderung für Frauen anzunehmen.

Die UN-Sondergeneralversammlung bot vielfältige Möglichkeiten der Begegnung und des Austauschs. Durch die Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Büro Washington, konnte ich mit mehreren hochrangigen amerikanischen Politikerinnen, Wissenschaftlerinnen und Expertinnen intensive Gespräche führen und die Strategie des gender-mainstreaming in verschiedenen Bereichen erörtern.

Besonders eindrucksvoll gestaltete sich die Begegnung mit Swanee Hunt, der früheren amerikanischen Botschafterin in Österreich, die heute als Direktorin das Women and Public Program der John F. Kennedy School of Government an der Harvard University leitet. Ihre Erfahrungen mit dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien und ihr Einsatz für verfolgte und vergewaltigte Frauen haben sie nachhaltig geprägt. Heute tritt sie für eine Einbindung von Frauen in Friedensmissionen ein. Ein von ihr initiierte Projekt zielt auf ein weltweites Netzwerk von Frauen in Krisenregionen. Sie will Frauen aus der Opferrolle holen und ihre offizielle Mitwirkung in Friedensprozessen durchsetzen. Dieser Ansatz des gender-mainstreaming birgt neue Hoffnung für ein friedvolleres Miteinander in der Welt.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – diese Forderung ist in Deutschland schon vor vielen Jahren umgesetzt worden. In den USA sind vor allem farbige Frauen von einer erheblichen Lohndiskriminierung betroffen, berichtete Ronda Lyn Kane, Deputy Director of the Women's Bureau, U.S. Department of Labor. Auf großes Interesse stießen die deutschen Regelungen Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub. Für erwerbstätige Mütter in den USA liegen solche Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf in weiter Ferne.

Über wirksame Strategien, damit mehr Frauen Führungsverantwortung in der Justiz, in Politik und Wirtschaft übernehmen können, ging es in dem Gespräch mit der Richterin Marian Blank Horn, U.S. Court of Federal Claims. Eine gesetzliche Quotenregelung sei für die USA nicht denkbar, aber es ist Ausdruck des Verständnisses von political correctness, dass Frauen gezielt Führungspositionen übertragen werden. Dass der Präsident der Vereinigten Staaten durch die Berufungen von Frauen in höchste Staatsämter bewusst ein Zeichen setzen will, unterstrich Lauren Supina, Deputy Assistant of the President and Director of the White House Office for Women's Initiative and Outreach. Der Besuch im Weißen Haus, den Dr. Gerhard Wahlers von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Washington, arrangiert hatte, bot Gelegenheit, die Kampagne von Hillary Clinton gegen Frauenhandel – zur Zeit fallen pro Jahr

etwa eine Million Frauen und Kinder in die Hände von Menschenhändlern – und die Ausbreitung von Aids näher und intensiver zu diskutieren. Im Rahmen der UN-Sondergeneralversammlung hatte Hillary Clinton feststellen müssen, dass die Immunschwäche immer mehr ein „weibliches Gesicht“ bekomme.

Welche Antworten müssen in Schulen und Hochschulen auf die Herausforderungen der Informationstechnologie gegeben werden? Wie bringen sich Frauen in diesen Entwicklungsprozeß ein? Wie können die spezifischen Zugangsweisen und Erfahrungen von Frauen zur Geltung kommen? Wie ist es um die Computerausstattung, den Netzzugang, vor allem aber um die Lerninhalte und die Qualifikation der Lehrkräfte bestellt? Fragen über Fragen, um die sich die Gespräche mit Keith Krueger, Executive Director, Consortium for School Networking, Professor Iris Rotberg, Research Professor of Education Policy, George Washington University, und Linda Roberts, Director of the Educational Technology Office, U.S. Department of Education, drehten. Jedes der Gespräche zeigte nur zu deutlich, daß die Entwicklung in den USA um Jahre der Situation in Deutschland voraus ist. Deshalb wurde vereinbart, diesen Erfahrungsaustausch mit großer Intensität fortzusetzen.

Sowohl bei den Beratungen der UN-Sondergeneralversammlung als auch bei den zahlreichen Gesprächen mit Frauen aus den unterschiedlichsten Teilen der Welt trat klar hervor, Politik für Frauen muss erstens verstärkt als gendermainstreaming ausgestaltet werden, zweitens muss der Mitwirkung von Männern beim Ringen um die Gleichberechtigung mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Denn „ohne die Beteiligung der Männer werden wir nie die Gleichstellung der Geschlechter in der Gesellschaft erreichen“, begründete zu Recht die schwedische Delegation die Initiative zu einer Veranstaltung im Rahmen der UN-Sondergeneralversammlung. Frauen und Männer müssen sich stärker aufeinanderzubewegen – dies kann den Weg in eine gleichberechtigtere gemeinsame Zukunft erleichtern.

Politische Schwerpunkte für die Zukunft

Im Anschluss an die Folgekonferenz in New York zur Pekinger Weltfrauenkonferenz 1995 sind wichtige politische Konsequenzen zu ziehen. Das gender-mainstreaming muss als Prozess in allen Bereichen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft verankert und konsequent angewendet werden. Handlungsbedarf für gender-mainstreaming gibt es in zahlreichen Feldern. Zwei seien hier mit der Rentenreform und der Informationsgesellschaft herausgegriffen.

I. Gender-mainstreaming als Prozess, als Strategie und Methode muss auch seinen Widerhall in der Diskussion um die Zukunft der Rentenversicherungssysteme in Deutschland haben. Denn bei der anstehenden Reform der Alterssicherung geht es nicht nur um die Frage, wie das System langfristig stabil und effektiv zu gestalten ist, sondern auch um die Frage, wie sich die Reformmaßnahmen auf die Geschlechter und die Gesellschaft auswirken.

Das derzeitige Rentensystem spiegelt die unterschiedlichen Lebens- und Erwerbsverläufe von Männern und Frauen nur unzureichend wider. Es ist traditionell an der durchgehenden Erwerbstätigkeit des Mannes ausgerichtet. So ist für die Rentenbemessung nach wie vor der männliche Eckrentner mit 45 Versicherungsjahren der maßgebende Faktor. Es bedeutete eine Revolution in der Rentenversicherung, als die Union die Anrechnung von Kindererziehungszeiten und Pflegezeiten für die Rente einführte. Dennoch sind Frauen im Rentensystem weiterhin Benachteiligungen ausgesetzt, wie die Fakten zeigen.

Frauen stellen zwar mit 11 Mio. Rentnerinnen die Mehrheit unter den Rentenbeziehern in Deutschland. Aber mehr als 70 % (alte Bundesländer) bzw. 54 % (neue Bundesländer) der versicherten Rentnerinnen erhalten Renten, die unter 1.200 DM/Monat liegen. Bei den Männern dagegen sind es nur rd. 23 % bzw. 6 %.

Auch wenn man das Nettogesamteinkommen betrachtet, zeigt sich eine deutliche Differenz zwischen alleinstehenden älteren Frauen und alleinstehenden älteren Männern: In den alten Bundesländern verfügten 1995 rd. 19 % der alleinstehenden älteren Frauen über ein Nettogesamteinkommen von weniger als 1.250 DM/Monat (d.h. weniger als Sozialhilfeniveau), bei den Männern waren es nur gut 8 %. In den neuen Bundesländern haben rd. 15,5 % der Frauen ein Nettoeinkommen von weniger als 1.250 DM/Monat, während es bei den Männern nur 6,5 % waren.

Ausdruck der strukturellen Benachteiligung von Frauen im Rentensystem ist insbesondere die negative Korrelation von Alterseinkünften und Kindererzie-

hung. Es sind zu 95 % Frauen, die Erziehungsurlaub beantragen und die Kinder aufziehen. Die Rente von Frauen aus der Rentenversicherung und aus anderen Versorgungssystemen ist um so niedriger, je mehr Kinder sie haben. Vereinfacht gesagt: Kinder kosten Frauen Rente. Bei den Anwartschaften aus der gesetzlichen Rentenversicherung liegt der Wert für Alleinstehende in Westdeutschland ohne Kinder mit 1.826 DM am höchsten und für verheiratete Frauen mit 3 und mehr Kindern mit 669 DM am niedrigsten. Der Grund hierfür ist leicht ersichtlich: Während der Erziehungsphase haben viele Frauen in der Regel nicht oder nur eingeschränkt gearbeitet. Die Kindererziehungszeit wird zwar rentenrechtlich für Geburten vor 1992 mit 1 Jahr, für ab 1992 geborene Kinder mit 3 Jahren anerkannt. Die Unterbrechung der Erwerbstätigkeit wegen Kindererziehung geht aber oft über diese Zeiten hinaus. Folglich kommen Frauen auf weniger Rentenversicherungsjahre als Männer und damit auf eine geringere Altersabsicherung. Familienunfreundliche Arbeitsbedingungen tragen schließlich ihren Teil dazu bei, in dem sie eine Wiedereingliederung von Frauen in den Arbeitsmarkt nach der Familienzeit erschweren oder gar unmöglich machen. Die von vielen Frauen aus familiären Gründen praktizierte Teilzeitarbeit führt ebenfalls zu niedrigeren Rentenansprüchen.

Bei der Reform der Rentenversicherung ist daher das Gebot der Stunde, dass die Lebenswirklichkeit von Frauen endlich Berücksichtigung findet. Die Nachteile insbesondere für Mütter im Rentenrecht sind aufzuheben. Hebel zum Erfolg sind der Ausbau einer eigenständigen Alterssicherung durch den Erwerb höherer Rentenanswartschaften durch eigene Erwerbstätigkeit und die bessere Berücksichtigung der Familienarbeit, insbesondere der Kindererziehung im Rentenrecht. So begünstigt die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie den Erwerb eigener Rentenanswartschaften. Kinderbetreuungsmöglichkeiten und familienfreundliche Arbeitsgestaltung bis hin zur Telearbeit sind hierfür wesentliche Eckpfeiler. Gleichzeitig müssen Familien in die Lage gesetzt werden, sich vorrangig der Erziehungsarbeit widmen zu können, ohne dass dies das Aus für das berufliche Fortkommen bedeutet.

Die Union schlägt daher vor, dass für Erziehende Kindererziehungszeiten besser als bisher in der Rentenversicherung zu berücksichtigen sind. Die Witwen-/Witwerrente soll darüber hinaus unter dem Gesichtspunkt, dass auch der hinterbliebene Partner bzw. die hinterbliebene Partnerin seinen/ihren Anteil am Erwerb der ihr zugrundeliegenden Rentenanswartschaften hat, den Charakter einer eigenständigen Sicherung erhalten.

Zugleich sollen künftig die Erziehungsleistungen in der Hinterbliebenensicherung stärker berücksichtigt werden. Hinterbliebene, die Kinder erziehen, sollen eine höhere Rente erhalten. Dabei sollen nicht nur die aktuelle Erziehung,

sondern auch zurückliegende Erziehungsleistungen bessergestellt werden, indem die Witwen-/Witwerrente nach der Zahl der Kinder gestaffelt wird.

Der Abbau von bestehenden Nachteilen nützt wenig, wenn neue Hürden aufgestellt werden. Dies gilt insbesondere für die Überlegungen zum Ausbau einer privaten Altersvorsorge. Zunächst ist daher sicherzustellen, dass alle Menschen in die Lage versetzt werden, privat vorsorgen zu können. Eine Regelung, wie sie die rot-grüne Bundesregierung plant, die etwa nur die erwerbstätige Bevölkerung erfasst, würde erziehende, nicht erwerbstätige Frauen wieder benachteiligen. Die Union setzt sich daher für die Einführung einer dynamisierten Familienkomponente beim Aufbau der privaten Vorsorge ein. Familien sollen zukünftig mindestens 30 DM pro Kind und Monat erhalten, wobei gewährleistet werden soll, dass die Förderung auch den tatsächlich Erziehenden zugute kommt.

Wenn es gelingt, diese Gedanken des gender-mainstreaming in der aktuellen Rentendiskussion zu verankern und bei der Reform umzusetzen, käme man dem Anspruch aus Art. 3 Abs. 2 Grundgesetz, dass Männer und Frauen gleichberechtigt sind, wirklich ein Stück näher.

II. Die Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft von einer Industrie- zu einer Informationsgesellschaft bieten mannigfaltige Chancen für eine stärkere Einbindung von Frauen auf allen Ebenen im Sinne des gender-mainstreaming. Diese Chancen gilt es zu nutzen. Wir müssen dafür sorgen, dass Frauen von dieser Entwicklung hin zu einer medialen und vernetzten Informationsgesellschaft nicht überrollt werden oder lediglich als Konsumentinnen an der Cyberwelt teilnehmen. Vielmehr müssen Frauen diesen Prozess wesentlich mitgestalten. Dafür müssen geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dies gilt es insbesondere im Bereich der Naturwissenschaften und der Informationstechnologie zu realisieren.

Um Chancengleichheit für Frauen in der Informationsgesellschaft herzustellen, ist es erforderlich, die Kräfte aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zu bündeln. Zu Recht haben die Gleichstellungs- und Frauenministerinnen auf ihrer 10. Konferenz (GFMK) am 7./8. Juni 2000 in Hannover Reformen in Schule und Ausbildung verlangt, um Frauen in IT-Berufen gleiche Chancen zu geben.

Schaut man sich die Bildungslandschaft in Deutschland an, treten einige erschreckende Fakten zutage:

- Die Zahl der Studierenden im Fach Informatik hat sich zwischen 1990 und 2000 nur langsam gesteigert. Noch Mitte der 90er Jahre hatte die Wirtschaft vor einem Überangebot von Informatikern gewarnt.
- In den Schulen spielt die mathematisch-naturwissenschaftliche Bildung eine immer geringere Rolle.
- In internationalen Studien (z.B. *TIMMS* zu Mathematik) nimmt Deutschland keinesfalls eine Spitzenposition, sondern nur einen mittleren Platz ein.
- Vor allem in Berufsschulen fehlen geeignete Lehrkräfte, weil viele Lehrerinnen und Lehrer überaltert sind und ihnen eine Qualifizierung im IT-Bereich fehlt. Junge Lehrkräfte mit guten IT-Kenntnissen werden von der Wirtschaft abgeworben.

Hält man sich schließlich vor Augen, dass die IT-Branche ein hohes interdisziplinäres Wissen verlangt und die Fähigkeit zur Team- und Projektarbeit erforderlich ist, wird der Handlungsbedarf deutlich. Klar ist, dass nicht jeder diesen hohen Anspruch erfüllen kann. Jedoch müsste dieser breite Ansatz gerade für vielseitig begabte und gebildete junge Frauen gute Chancen bieten.

Der Frauenanteil ist in der IT-Branche heute jedoch noch immer sehr niedrig. So liegt der Anteil der Frauen an den neuen Ausbildungsverträgen lediglich bei 13 % bei langsam ansteigender Tendenz. Tatsache ist auch, dass sich in den letzten Jahren immer weniger Frauen zu einem Informatikstudium entschlossen haben. Gab es 1978 noch 20% Frauen unter den Studienanfängern in diesem Fach, sank dieser Anteil bis Mitte der neunziger Jahre auf nur noch 7-8 % ab. Die Anzahl der weiblichen Informatikstudentinnen schwankt an deutschen Hochschule zwischen 7,3% und 18,6%.

Auch angesichts dessen, dass in der Informatik sozusagen „frauen-typische“ Kompetenzen gefordert sind (wie u.a. sprachliche, kommunikative, ästhetische und Teamfähigkeiten), kann diese Entwicklung nicht befriedigen. Von den erfolgreichen Hochschulprüfungen im Fach Informatik entfielen im Jahr 1998 nur noch 11 % auf Frauen, während es 1993 immerhin noch 17 % gewesen waren. Woran liegt das? Haben junge Frauen kein Interesse an den Berufsfeldern, die mit der Informationstechnologie eng verbunden sind? Fehlen ihnen die Vorbilder, etwa weil es gerade in diesem Bereich zu wenige Lehrerinnen gibt? Oder stehen die Arbeitsbedingungen in der IT-Branche der

Lebensvorstellung von Frauen, Beruf und Familie vereinbaren zu können, entgegen?

Untersuchungen belegen, dass die Aufgabenverteilung zwischen Mutter und Vater im Elternhaus und die Geschlechtsrollenorientierung der Eltern beeinflussen die Interessen von Mädchen und Jungen für technische oder naturwissenschaftliche Hobbies und Berufe. So steht z.B. der Besuch des Informatikunterrichts durch Mädchen in engem Zusammenhang mit positiven beruflichen Computererfahrungen der Mütter. Auch die schulische Sozialisation spielt für entsprechende Entscheidungen eine prägende Rolle. Der koedukative Unterricht wird in letzter Zeit wieder kritisiert, weil in mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern Mädchen hemmende oder gar benachteiligende Unterrichtsstrukturen bestehen. Aus diesen Erkenntnissen gilt es Konsequenzen für die Erziehung und Bildung von Mädchen im Elternhaus und Schule zu ziehen.

Das Bildungsleben und der Arbeitsmarkt in Deutschland müssen sich grundlegend wandeln, da uns Informationstechnologien und New Economy vor große neue Herausforderungen stellen. Wir müssen uns von veralteten Strukturen lösen und eine nationale Bildungsoffensive einleiten. Dazu gehört, dass künftig in Schule, Ausbildung und Hochschule die andere Herangehensweise von Frauen an Technik berücksichtigt wird. Hierin liegt eine Bereicherung für den Weg in die IT-Gesellschaft.

Neuere Untersuchungen belegen, dass sich die Tätigkeitsschwerpunkte der Beschäftigten immer mehr auf den Umgang mit Informationen verlagern werden. Neben den traditionellen Sektoren Produktion und Dienstleistung gewinnt der Sektor Information immer mehr an Bedeutung. Für diesen letzten Sektor erwartet man im Jahr 2010 einen Anteil von über 55 %, während es bis 1980 nur 40 % und 1995 noch 52 % waren. Im gleichen Zeitraum fällt der Produktionssektor von ca.35 % auf etwa 20 % im Jahr 2010. Derzeit gilt die IT-Branche als die wichtigste Branche bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Es kommt darauf an, dass überall in Bildung und Wissenschaft stärker angesetzt wird, damit Frauen an dieser Entwicklung wirklich teilhaben können. Dabei ist zum einen zu berücksichtigen – und zugleich auch von Vorteil – dass Frauen andere Interessen und Schwerpunkte einbringen als Männer. Da Frauen andererseits immer noch die Hauptlast der Familienarbeit und der Kindererziehung tragen, stecken gerade in der zunehmenden und geradezu unaufhaltbaren Vernetzung und Digitalisierung auch der Privathaushalte ungeahnte Chancen.

So ist es heute in viel weiterem Maße als früher möglich, qualifizierte Tätigkeiten zumindest teilweise auch von zu Hause zu erledigen und dabei z.B. auch mit einem flexiblen Zeitplan zu operieren. Telearbeit ist heute kein Zauberwort mehr, sondern eine reale Möglichkeit, um qualifizierte Fachkräfte dort zu beschäftigen, wo sie wohnen. Dies bietet zugleich die Möglichkeit – vor allem, aber nicht nur für Frauen –, Familie und Beruf besser als bisher zu vereinbaren.

Insgesamt wird es aber darauf ankommen, nicht nur diesen Aspekt zu unterstreichen, sondern generell in allen gesellschaftlichen Bereichen, der Wirtschaft, Forschung und Lehre die aus den neuen Entwicklungen und veränderten Bedingungen erwachsenden großen Chancen gerade auch und vor allem für junge Frauen nutzbar zu machen. Dies gilt nicht nur, um eine Gleichstellung zu erreichen, sondern auch, um die wertvollen Ressourcen zu nutzen, die unsere Gesellschaft heute mehr denn je brauchen kann: Mit sozialer Kompetenz, Engagement, Leistungsbereitschaft und fachlicher Qualifikation können unzählige Frauen auf diesen Feldern bestehen und wesentliche Impulse geben.

Annette Widmann-Mauz

4. Stellungnahmen zur Sondergeneralversammlung

1. Welches sind die wichtigsten Ergebnisse aus Ihrer Sicht?

Zwei Forderungen von Peking +5 sind von **grundlegender Bedeutung**: **gender-mainstreaming und gender-budgeting**. Wenn es gelingt, diese geschlechterdifferenzierte Betrachtungsweise und damit letztlich frauenpolitische Anliegen als Querschnittsaufgabe in allen Feldern der Politik, Wirtschaft, Kultur, ja der Gesellschaft allgemein zu verankern, dann haben wir einen großen Schritt voran getan. Dazu bedarf es eben nicht nur der Berücksichtigung frauenrelevanter Aspekte in allen Bereichen, sondern auch der entsprechenden Verwendung der finanziellen Ressourcen.

Der **erweiterte Aktionsspielraum für die Nicht-Regierungsorganisationen** verbessert deren Möglichkeiten, den Gleichstellungsprozess weltweit voranzutreiben. Auch bei den bisherigen Verhandlungen war der Druck durch die NRO äußerst hilfreich bei der Durchsetzung strittige Fragen.

Für die **Abschaffung diskriminierender Gesetze** wurde ein Zeitziel **bis zum Jahr 2005** beschlossen.

Initiativen hinsichtlich konkreter Zielvorgaben, inklusive Quotenregelungen, sollen die Beteiligung von Frauen in Entscheidungspositionen erhöhen.

Ebenfalls von **grundsätzlicher Bedeutung** ist der Beschluss, zukünftig in den Mitgliedsstaaten **Statistiken auf einheitlicher Basis** zu führen, um zu einer internationalen Vergleichbarkeit der Daten zu kommen. Dafür wurden vorerst für den Gewaltbereich einheitliche Indikatoren beschlossen.

Für uns in Europa stehen sicherlich andere Ergebnisse im Vordergrund als für die Frauen in anderen Erdteilen. Während wir bei der **Gleichberechtigung** mit dem Erreichten durchaus zufrieden sein können, hapert es mit der **tatsächlichen Gleichstellung** noch in sehr vielen Bereichen.

Die Betonung des **Anspruchs auf Chancengleichheit von Frauen in Beruf und Bildung** ist von besonderer Bedeutung. In den meisten Ländern dieser Erde ist aber schon der gleichberechtigte Zugang von Frauen zur Bildung

nicht gewährleistet, dies jedoch ist eine unabdingbare Voraussetzung für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Dies und der **Anteil von Frauen in den nationalen Parlamenten** gehören zu den wichtigsten Kriterien für die Gleichstellung von Frauen und Männern weltweit.

Die **häusliche Gewalt, dies umfasst auch die Vergewaltigung in der Ehe**, ist erstmals in dieser Deutlichkeit in internationalen Vereinbarungen verurteilt worden. Ist bei uns deren **strafrechtliche Verfolgung** schon seit längerem gesetzlich geregelt, so ist für manche Länder allein die Anerkennung dieser Formen von Gewalt als Unrecht ein gewaltiger Schritt nach vorn.

Aber auch andere Formen der Gewalt gegen Frauen wurden schärfer als bisher geächtet. Dies betrifft vor allem auch den **Frauen- und Mädchenhandel**. In Europa haben wir damit insbesondere im Zusammenhang mit Zwangsprostitution zu tun. Während früher die betroffenen Frauen vor allem aus den Ländern der sog. „Dritten Welt“ kamen, sind es nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ in Mitteleuropa hauptsächlich Frauen aus dem osteuropäischen Raum.

Erfreulicherweise konnten erstmals die **Vergewaltigung in der Ehe** sowie die **rituelle Beschneidung weiblicher Geschlechtsorgane** neben den **Zwangsehen**, den **Mitgiftmorden** und den sog. „**Ehrenmorden**“ explizit als Menschenrechtsverletzung benannt werden. Zwar sind die vorgenannten Praktiken für uns eher mit Kulturen in anderen Erdteilen verbunden, jedoch tauchen diese Probleme inzwischen auch bei uns auf – meist im Zusammenhang mit zuwandernden Menschen aus anderen Kulturkreisen. Hier gilt es rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen, um diese menschenrechts-verletzenden Praktiken zu verhindern.

Leider ist es wegen des Widerstandes islamischer und katholischer Staaten wie auch des Vatikans nicht gelungen, das sexuelle Aufklärungs- und Selbstbestimmungsrecht der Frauen festzuschreiben. Ebenso konnte in einigen anderen, die Sexualität und die Gesundheit betreffenden Fragen keine Einigkeit erzielt werden.

2. Welchen Stellenwert hat die Sondergeneralversammlung New York Ihrer Meinung nach nach Peking?

Im Spannungsfeld von Globalisierung und Regionalisierung sind auf die Vereinten Nationen ganz neue Probleme hinzugekommen. Mit dem Zuwachs an Mitgliedern hat die UN jedoch nicht unbedingt an Stärke gewonnen. Vielmehr müssen neue Strategien entwickelt werden, um der veränderten Situation gerecht werden zu können. Dies ist bei den Beratungen in New York sehr deutlich geworden. Die Verhandlungen waren aufgrund der zum Teil stark voneinander abweichenden Vorstellungen äußerst diffizil und schwerfällig.

Die Weltfrauenkonferenz in Peking hatte sehr weitreichende Forderungen aufgestellt. Damit es aber nicht allein bei Worten bleibt, ist es von entscheidender Bedeutung, nach einem realistischen Zeitraum immer wieder auch die Umsetzung der Beschlüsse zu kontrollieren. Selbst wenn längst noch nicht alle Forderungen erfüllt wurden, so mussten sich die Staaten doch öffentlich rechtfertigen für ihr bisheriges Handeln. Das allein ist sicherlich Anreiz für intensive Bemühungen in der Zukunft. Die beschlossene Zeitvorgabe für die Abschaffung diskriminierender Gesetze wird diesen Prozess hoffentlich beschleunigen.

3. Wie bewerten Sie die Ergebnisse der Sondergeneralversammlung?

In der Gesamtsicht kann das Ergebnis von Peking +5 durchaus als positiv beurteilt werden. Das Hauptziel, die Bestätigung der in Peking 1995 erzielten Vereinbarungen, wurde erreicht. In einige Punkten war es sogar möglich, noch darüber hinauszugehen. Dazu zählten erfreulicherweise auch einige Bereiche, auf die die Europäische Union besonderen Wert gelegt hatte. Bei anderen, besonders strittigen Fragen, gelang es zumindest, nicht hinter der Pekinger Aktionsplattform zurückzufallen. Lediglich der Bereich „Umwelt“ hat an Bedeutung verloren.

Bedauerlich war, dass trotz der Beschlüsse von Peking die Umsetzung so zögerlich erfolgte. Für viele Staaten war es sehr schwer einzugestehen, dass die Fortschritte nur unzureichend waren. Über die Gründe dafür gehen die Meinungen weit auseinander. Hier bleibt zu hoffen, dass eine stete öffentliche Debatte und eine erneute Überprüfung der Maßnahmen nach weiteren fünf Jahren die Staaten nachdrücklich zu mehr Engagement animieren.

Am Rande der Konferenz hatte ich eine Reihe von sehr wichtigen Gesprächen, sowohl mit Vertreterinnen der Vereinten Nationen, wie z. B. der stell-

vertretenden Generalsekretärin der UN, Louise Frechette aus Kanada, als auch mit anderen Delegationen. Dabei konnten einige wichtige Kontakte geknüpft bzw. der Gedankenaustausch intensiviert werden.

Die aus all diesen Gesprächen resultierenden Erkenntnisse erwiesen sich als äußerst hilfreich bei den Verhandlungen der strittigen Fragen. Sie ließen aber auch erkennen, wo im Zuge der EU-Erweiterung noch Klärungsbedarf aus frauenpolitischer Sicht besteht.

4. Welche politischen Konsequenzen ergeben sich Ihrer Meinung nach daraus ?

International ist sicher darauf zu achten, bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen Staaten immer auch die Fraueninteressen im Blick zu haben. Dies fängt bei der Finanzierung von Entwicklungshilfeprojekten an und geht weiter zur Einbeziehung von Frauen und Frauenorganisationen bei Tagungen, Besuchen etc. Längst hat sich die Auffassung durchgesetzt, dass die Armutsbekämpfung in einem unmittelbaren Zusammenhang mit Gleichberechtigung steht.

Aber auch national dürfen wir uns nicht zurücklehnen in dem Bewusstsein, dass es woanders schlechter als bei uns um die Gleichstellung von Frauen bestellt ist. In Deutschland ist noch reichlich für uns zu tun. Nachdem wir auf gesetzlicher Ebene die meisten Dinge geregelt haben, müssen wir neue Wege entwickeln, um die Umsetzung zu beschleunigen. Dafür bedarf es der Anstrengung aller, Frauen wie Männer.

In erster Linie müssen gender-mainstreaming und gender-budgeting integraler Bestandteil jedweden politischen Handelns in Deutschland werden. Wir müssen uns darüber verständigen, wie wir diese Forderung durchsetzen können und wir müssen ein Instrumentarium entwickeln, um die Umsetzung zu überprüfen. Hier kommen auf Parlament und Regierung neue, spannende Aufgaben zu.

Handlungsbedarf gibt es aber auch in zahlreichen Einzelfragen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer, der verbesserte Zugang von Frauen in zukunftsträchtige Berufe, die Steigerung des Anteils von Frauen in Entscheidungspositionen, die Bekämpfung jedweder Form von Gewalt gegen Frauen sowohl im häuslichen wie auch im öffentlichen Bereich,

einschließlich des Frauenhandels und der Zwangsprostitution sind Aufgaben, die es zu lösen gilt.

Ebenso muss die anstehende Rentenreform frauenrelevante Aspekte berücksichtigen. Dies sind in erster Linie:

- Ausbau der eigenständigen sozialen Sicherung der Frauen
- eine Familienkomponente in der Rentenberechnung
- eine Kinderkomponente für die private Vorsorge

Monika Baumhauer

5. Politische Bewertung der UN-Sonderkonferenz Peking + 5 und Folgerungen für die internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

1. Bestandsaufnahme der Umsetzung der Beschlüsse von Peking

Eine Bilanz über Fortschritte und Hindernisse bei der Umsetzung der Aktionsplattform von Peking erwies sich als schwierig. Trotz nationaler Länderberichte und vorangegangener regionaler Vorkonferenzen gingen die Beurteilungen z. T. weit auseinander.

Die Kontroversen von Peking im Bereich „reproduktive Gesundheit“ und „sexuelle Rechte“ lebten weiter fort.

Als Haupthindernisse für die Umsetzung der Aktionsplattform wurden aber u.a. das Fortleben von Rollenstereotypen, die weiterhin die Last häuslicher Pflichten allein oder überwiegend den Frauen aufbürden, die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf wegen des Fehlens entsprechender sozialer Einrichtungen und der mangelnde oder fehlende Zugang von Mädchen und Frauen zu Bildung und Ausbildung anerkannt. Zwar gibt es gerade im Bildungsbereich Erfolge. Weitere Fortschritte scheitern aber oft an der Armut.

Ganz entscheidend für fehlende Fortschritte ist auch die mangelnde Repräsentanz von Frauen in Entscheidungspositionen. Frauen sind weiterhin von der Macht weitgehend ausgeschlossen, obwohl es in der Gesetzgebung vieler Länder Fortschritte gibt.

Die Konferenzstaaten empfehlen deshalb die Einführung von Quoten in Parteien und staatlichen Institutionen. Als neue Entwicklungen, die die Umsetzung der Aktionsplattform von Peking positiv und negativ beeinflussen, wurden die Globalisierung mit ihren Auswirkungen auf Frauen, der Einfluß neuer Technologien auf das Arbeitsleben, die sich verändernde Rolle der Frauen in Transformationsländern, die Situation von Migrantinnen und Veränderungen im Verhältnis der Geschlechter zueinander identifiziert.

2. Fortschritte und weiterführende Initiativen im Abschlußdokument „Frauen 2000 – Gleichstellung, Entwicklung und Frieden für das 21. Jahrhundert“

Im Bereich der Menschenrechte und des Schutzes der Frauen vor Gewalt wurden über die Plattform von Peking hinausgehende Initiativen beschlossen: Erstmals wurden sogenannte „Ehrenmorde“, Säureattentate, Mitgiftverbrechen, Früh- und Zwangsehen sowie weibliche Genitalverstümmelungen als Menschenrechtsverletzungen angeprangert, die alle Regierungen zu bekämpfen haben. Häusliche Gewalt, einschließlich der Vergewaltigung in der Ehe, soll strafrechtlich verfolgt werden.

Erstmals wurde die klare Aussage gemacht, daß sich Gleichberechtigung und Armutsbekämpfung gegenseitig bedingen. Gefordert wird deshalb die volle Beteiligung von Frauen und ihren Organisationen an der Erstellung von Armutsbekämpfungsstrategien und in markoökonomischen Entscheidungsprozessen. (Die Weltbank legte zur Konferenz eine Studie „Engendering Development“ vor, die auf interdisziplinären Untersuchungen in mehr als 100 Entwicklungs- und Schwellenländern basiert und die einmal mehr die Bedeutung der Gleichstellung der Frau für die wirtschaftliche und soziale – aber auch für die politische (demokratische) Entwicklung eines Landes belegt. Länder in denen Frauen die wenigsten Rechte und Möglichkeiten haben, sind in der Regel zugleich die ärmsten und problemreichsten.)

Die Bedeutung der Zivilgesellschaft und ihrer Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen wird mehrfach hervorgehoben. Seit Peking hat sich die Kooperation von Regierungen und Frauenorganisationen intensiviert. In fast allen Regierungsdelegationen saßen in New York auch NRO-Frauen. Wenn die Frauen-NRO auch weiterhin selbstverständlich ihre Regierungen kritisieren, so gibt es im allgemeinen keine grundsätzliche Konfrontation mehr (außer bei sehr reaktionären Regierungspositionen).

3. Forderungen an die internationale und Entwicklungspolitik

An die Mitgliedsstaaten der UNO werden eine Reihe von konkreten Forderungen gestellt:

- Möglichst bis 2005 sollen alle Frauen diskriminierenden Gesetze abgeschafft werden.

- Das CEDAW-Zusatzprotokoll, das Frauen ein individuelles Beschwerde-recht eröffnet, soll ratifiziert werden.
- International vereinbarte Indikatoren zur Ermittlung von Gewalt gegen Frauen sollen – als Grundlage für die weltweite Bekämpfung – entwickelt werden. Von großer Bedeutung sind neben gesetzlichen Maßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen Fortbildungsmaßnahmen in Polizei und Justizwesen, um den Opfern eine angemessene Behandlung zu sichern
- Die Aufnahme geschlechtsspezifischer Verbrechen in das Statut des internationalen Strafgerichtshofs wird besonders begrüßt und die Staaten werden zur baldigen Unterzeichnung und Ratifizierung des Statuts aufgefordert.
- Es wird gefordert, geschlechtsspezifische Asylgründe anzuerkennen.
- Die frauenrelevanten ILO-Konventionen sollen ratifiziert und Kernarbeitsnormen realisiert werden. Um die Beteiligung von Frauen im politischen Raum zu erhöhen sollen Zielgrößen vorgegeben werden, die gegebenenfalls auch durch die Einführung von Quotensystemen erreicht werden sollen.

Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit soll die Entwicklungsländer bei ihren Bemühung um eine Verbesserung der Situation der Frauen unterstützen.

- Grundlage ist dabei die Bildung und Ausbildung von Frauen. Das Zeitziel der Erklärung von Dakar, bis zum Jahr 2015 die Analphabetinnenrate zu halbieren, wird bekräftigt.
- Die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen an der Erarbeitung von Armutsbekämpfungsstrategien und an makroökonomischen Entscheidungsprozessen muß gesichert werden (auch bei der Umsetzung der HIPC-Entschuldungsinitiative).
- Der Zugang von Frauen zu finanziellen Ressourcen muß weiter verbessert und vereinfacht werden.

Der Aktionsspielraum für Nichtregierungsorganisationen muß erweitert werden. (In einigen Ländern sind gegenteilige Trends zu beobachten).

4. Folgerungen für die internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Ziel der entwicklungspolitischen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung ist die Förderung von Demokratie und Rechtsstaat und einer Gesellschaft, in der die Menschenrechte verwirklicht werden. Ohne die Mitwirkung der Frauen sind diese Ziele nicht zu erreichen, deshalb werden heute in jedem Projekt oder Programm der Konrad-Adenauer-Stiftung auch Frauen als Zielgruppe gefördert. So sollen die rechtliche und gesellschaftliche Stellung der Frauen und ihre Partizipation an der Politikgestaltung verbessert werden.

Die in New York bestätigte Aktionsplattform von Peking und die weiterführenden Beschlüsse der Peking + 5 – Konferenz bedeuten für die Konrad-Adenauer-Stiftung Bestätigung aber auch Herausforderung und Verpflichtung in zweierlei Hinsicht; Unterstützung zu geben, bei der Bekanntmachung und Verbreitung der Beschlüsse und bei deren Umsetzung im gesellschaftspolitischen Raum.

Aus ihrem Prinzip der partnerschaftlichen Zusammenarbeit heraus gibt die Konrad-Adenauer-Stiftung Hilfestellung für die eigenständige Arbeit der Frauen und ihrer Organisationen in den Entwicklungsländern selbst.

Besondere Ansatzpunkte sind die Bereiche Recht, Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen und Aus- und Fortbildung:

Im Bereich Recht sollte die KAS weiterhin und verstärkt Beratung bei der Änderung und Neukonzipierung von Gesetzen geben, um die Rechtsstellung der Frauen zu verbessern und Diskriminierung abzubauen. Von Bedeutung ist dabei die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen zum Abbau von Gewalt (auch häuslicher) gegen Frauen.

Besondere Unterstützung verlangt die von vielen Frauenorganisationen in den Partnerländern gegebene Rechtsberatung und Rechtshilfe für Frauen, damit diese – insbesondere die armen Frauen – in die Lage versetzt werden, ihre Rechte auch wahrzunehmen oder durchzusetzen.

Bei ihren Fortbildungsmaßnahmen für Polizei und Justizangehörige sollte die KAS das Thema „Frauen als Gewaltopfer“ verstärkt einbringen.

Um Frauen ein stärkeres Gewicht in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu verleihen, muß die Organisation von Fraueninteressen auf politischer Ebene

(Parteien), im gesellschaftlichen Bereich (Gewerkschaften, Frauenverbände, kirchliche Einrichtungen) und in Selbsthilfeinitiativen und –gruppen gestärkt werden. Dabei ist die Vernetzung sowohl auf nationaler als auch regionaler und internationaler Ebene von großer Bedeutung.

Entscheidend ist in diesem Zusammenhang die Qualifizierung von weiblichem Führungspersonal in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft durch entsprechende Aus- und Fortbildungsangebote.

Wenn Frauen sich politisch stärker engagieren sollen, so ist oft eine besondere Aus- und Fortbildung nötig, um ihnen auch das "handwerkliche Rüstzeug" für eine solche Beteiligung zu geben. Erfahrungsgemäß liegt Frauen eine gute Kommunalpolitik besonders am Herzen, ein Gebiet auf dem auch die Konrad-Adenauer-Stiftung stark engagiert ist und viel Erfahrung hat. Die kommunalpolitischen Fortbildungsmaßnahmen der Konrad-Adenauer-Stiftung in Indien nach der Einführung der 33 % Quote für Frauen auf kommunaler Ebene können Erfahrungen auch für andere Länder sein.

Handlungsbedarf für die Zukunft zeigt sich auch in folgenden Bereichen:

- Die KAS muß verstärkt darauf achten, Frauen in ihre Dialogprogramme einzubeziehen, insbesondere, wenn es um Grundwerte und Ordnungspolitik geht. Besonders im Dialog mit islamischen Ländern sollte den Frauen Gehör verschafft werden. Sie treten oft für eine zukunftsfähige Gesellschaftsordnung ein, auf der Basis von islamischen Grundwerten, und sie sind oft das Angriffsziel radikaler politischer Strömungen, so daß sie besondere Unterstützung und Hilfe brauchen.
- Bei ihren Maßnahmen in Transformationsländern soll die KAS noch stärker darauf achten, daß Frauen und ihre Interessen einbezogen werden. Das ist auch im Sinne einer „nachhaltigen“ Demokratieentwicklung.
- In ihren erfolgreichen Medienprogrammen sollte die KAS vermehrt auf die Präsenz von Frauen achten. Neben der Informationsverbreitung sind Medien geeignet, längerfristig Verhaltensänderungen zu bewirken.
- In ihrer gesellschaftspolitischen Arbeit zum Umweltschutz sollte die KAS weiterhin durch Fortbildungsmaßnahmen Frauen die Befähigung zur Mitsprache verschaffen. Sie haben oft ohnehin mehr Zugang zu den Problemen und sind bereit, sich zu engagieren.

Die Autor/innen

Kofi Annan

Generalsekretär der Vereinten Nationen

Monika Baumhauer

Grundsatzreferentin Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit I

Dr. habil. Maria Böhmer, MdB

Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages

Rosemarie Heckmann

Journalistin

Christine Henry-Huthmacher

Teamleiterin Frauen- und Familienpolitik, Konrad-Adenauer-Stiftung

Dr. Ursula Sottong

Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Frauenrates

Dr. Marion Thielenhaus

Unterabteilungsleiterin Gleichstellung im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Annette Widmann-Mauz, MdB

Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages

